

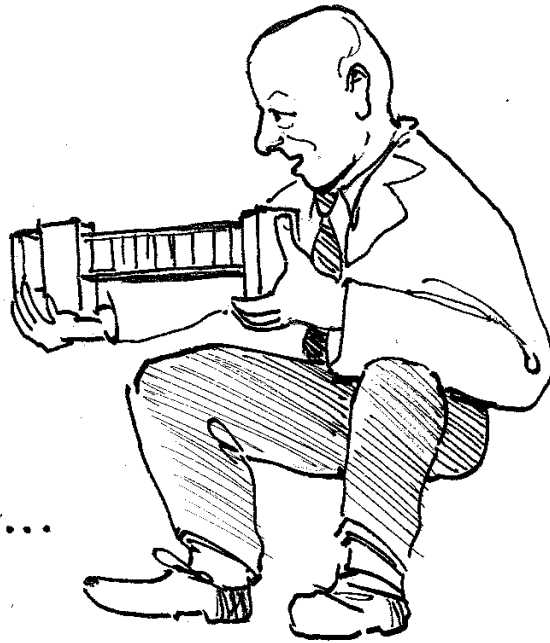


Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz

Genießen wir sie wieder...

unsere schönen Straßen ohne Plakate, die uns, schiefhängend, heruntergekommen, aufgerollt, zerrissen, verdreht, bemalt, zerfetzt, die lange Zeit der Wahlkämpfe begleitet haben. Gefragt habe ich mich immer, wie soll z.B. ein Fahrradfahrer die Aussage eines Plakates erkennen, während er in die Pedale tritt, wie lange darf es sich ein Autofahrer leisten, seine Aufmerksamkeit den Plakatsprüchen zu widmen ohne verkehrsfährdend zu werden? Nicht jedes Bild, nicht jeder Spruch kann in einer kurzen Blicksequenz während des Fahrens erfasst werden, also nochmals genauer hinschauen, oder auf das nächste Plakat warten, um mit einem zweiten Blick mehr zu begreifen. Sind diese Ablenkungen vom Verkehrsgeschehen nicht ein Sicherheitsrisiko, das bewusst in Kauf genommen wird? Oder gibt es Verkehrsteilnehmer die sich korrekt verhalten, indem sie vom Fahrrad steigen, den Fahrradweg frei machen, ihr Auto am Straßenrand anhalten, um sich in Ruhe dem Studium der Plakate zu widmen? Ich persönlich habe keinen gesehen. Vielleicht aber sollen die straßensäumenden Plakate ja gar nicht von Verkehrsteilnehmern beachtet werden? Dann hingen jedoch die meisten an der falschen Stelle. Jetzt, direkt nach den Wahlen wäre doch der richtige Zeitpunkt, um über eine andere Art der Wählerwerbung nachzudenken, zumal künftig die Angriffe auf die Plakate, nach wetterkundlichen Aussagen, immer massiver werden sollen – die Stürme heftiger – die Regenfälle stärker. Die Aufstellung von Plakatwänden, von Fachleuten gut positioniert und fest im Boden verankert, die dann von allen (gerecht aufgeteilt natürlich) genutzt werden könnten, wäre hier doch eine saubere und sicher auch eine Lösung, die sich rechnet. Wenn ich an die vielen Helfer denke, die meist nächtens mit ihren Leitern unterwegs sind, Hunderte von Plakaten, die vorher mit viel Aufwand auf Pappen geklebt oder auf Galgen gezogen wurden, den Vorschriften entsprechend aufzuhängen, widerspenstige Teile mit Klebeband zu sichern, das dann noch lange als unschönes Überbleibsel an vielen Masten zu sehen ist, dann meine ich nicht alleine zu sein mit meinem Ansinnen. Wir wären auch nicht die erste Stadt, die diese Art der Wahlwerbung umsetzt. Natürlich müsste dies dann für sämtliche Straßenwerber gelten. Ich fände es einfach schön, wenn ich am Bahnübergang zum Zeitvertreib die vielen Zirkus-, -Konzert, Ausstellungs- und Kabarettwerbungen durchlese und dabei eine für mich interessante Veranstaltung finde, diese genau studiere um schlussendlich feststellen zu müssen, dass der Termin bereits Monate, wenn nicht Jahre zurückliegt. Bedauerlich! Da kommt doch die Frage auf, warum gibt es konkrete Vorschriften fürs Aufhängen, aber wohl keine fürs Abhängen. Also, schöne gepflegte Plakatwände mit aktueller Werbung. Das wär's doch – auch im Sinne unseres einst so schönen Spruches „sauberer isch konschtanzerischer“.

Wie sich
kleine Probleme...



...auswachsen können!



Breite Mehrheit im Gemeinderat:

Konstanz unterstützt die Forderung der LAKA-BW (Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen, Baden-Württemberg) nach einem Kommunalwahlrecht für alle Ausländer.

In seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause sprach sich der Gemeinderat mit großer Mehrheit dafür aus, die Forderung der LAKA-BW nach einem Kommunalwahlrecht für alle AusländerInnen zu unterstützen.

Schon im Mai 09 hatten wir das Thema im Forum für Integration diskutiert.

Olivera Kovacevic-Rauschenbach, die sich schon seit Jahren als Vertreterin von Serbien im Forum engagiert, hatte den Antrag eingebracht.

Ihr, wie auch allen anderen Mitgliedern war klar dabei, dass natürlich weder das Forum noch Gemeinderat das Gremium sind, diese Frage zu entscheiden. Vielmehr sollte es darum gehen, ein gesellschaftspolitisches Zeichen zu setzen. Und ebenso wie andere Kommunen an die Bundesregierung zu appellieren, eine entsprechende Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen und zu unterstützen. Das Votum im Forum für Integration fiel einstimmig aus.

Von Seiten der Grünen wird schon seit Jahrzehnten die demokratische Mitbestimmung derjenigen gefordert, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. In den aktuellen Debatten zu Integrationsthemen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Integration vor Ort stattfindet, in den Städten und Gemeinden.

Auch BürgerInnen aus Nicht-EU Staaten engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen ihrer Kommune. Als ElternbeirätInnen in Kindergarten und Schule, in Sport- und Kulturvereinen. Verständlich also ihr Wunsch, sich auch aktiv an kommunalen Entscheidungen zu beteiligen.

Durch die aktuelle Gesetzeslage bleiben sie jedoch von Wahlen ausgeschlossen. Im Gegensatz zu z.B. Franzosen oder anderen EU-Ausländern, die auch wählen dürfen, wenn sie erst kurz in der Gemeinde wohnen, bleiben sie auch bei jahrelangem Wohnsitz von Kommunalwahlen ausgeschlossen. Das politische Mitbestimmungsrecht an ihrem Lebensmittelpunkt bleibt vielen MigrantInnen leider im Augenblick verwehrt.

Auch wenn es im Augenblick so aussieht, als käme es nicht zeitnah zu einer entsprechenden Grundgesetzänderung, wird das Thema weiter aktuell bleiben.

Je mehr Städte und Gemeinden sich dem Aufruf anschließen, je mehr das Bewusstsein dafür gestärkt wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland und Integration eine Staatsaufgabe ist, desto eher wird sich etwas bewegen.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit bereit war, die Forderung der LAKA-BW zu unterstützen.

Die Argumentation derer, die sich dagegen ausgesprochen, allen voran der CDU-Fraktion, ist im SK vom 26.9.09 nachzulesen.

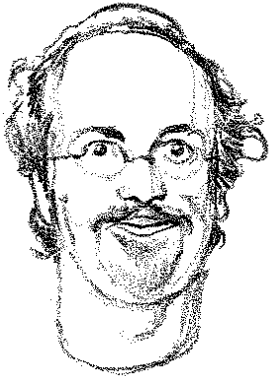
An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die sich bereiterklärt haben, in der neuen Legislatur im Forum für Integration mitzuarbeiten. Besonders bei allen VertreterInnen aus Nicht-EU Staaten, die diese Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung nutzen.

Wir arbeiten weiter daran, dass auch die politische Mitbestimmung möglich wird.

Dr. Christiane Kreitmeier

Bundestagswahl

Trotz des ernüchternden schwarz-gelben Wahlergebnisses soll nicht vergessen werden, wie gut sich die Grünen im Wahlkreis und vor allem unser Kandidat und Stadtrat der Freien Grünen Liste



Till Seiler

geschlagen haben. Bei der Wahlveranstaltung im Konzil konnte Till gegenüber den Mandatsträgern Jung, Friedrich und Homburger mit dem meisten Beifall im voll besetzten Saal punkten.

Das Wahlergebnis ist besonders in Konstanz für die Grünen erfreulich. Sie sind mit den Zweitstimmen in 17 von 75 Wahlbezirken stärkste Kraft. Till gewann gegenüber 2005 Zweitausend Stimmen mehr und überholte in vier Bezirken den CDU-Mann Andreas Jung.

Gratulation!

Manfred Heier

Neuer Wind für Südweststrom

Die Südweststrom aus Tübingen reagiert auf die breite Kritik am projektierten Kohlekraftwerk in Brunsbüttel und legt eine Beteiligung an einem Windpark auf.

Der erste deutsche Off-shore-Windpark soll schon ab 2011 unter Vollast laufen.

80 Anlagen zu 5 MW sollen 100 km vor der Küste in 40 Meter Tiefe aufgesetzt werden. Die Kosten liegen bei ca. 1,5 Mrd. €. Der Eigenkapitalanteil beträgt mindestens 30%. Bisher sind nur wenige MW gezeichnet.

Die auf dem Markt sehr junge BARD Gruppe, die über keine Referenzanlagen verfügt, möchte noch in diesem Jahr mit den Fundamenten beginnen. Das größte Risiko liegt in den nötigen Betriebsstunden. Sind die Anlagen nicht zuverlässig, steigen die Betriebskosten durch die Wartung enorm. Eine angenommene Verfügbarkeit von 96% ist sehr ambitioniert. Der Preis für die Einspeisung ist durch das EEG garantiert, solange das EEG garantiert ist. Sollten an der Börse höhere Spotpreise zu erzielen sein, soll der Strom dort verkauft werden. Dafür ausschlaggebend wird die Bereitstellung von Grundlast durch verlängerte AKW und neue Kohlekraftwerke sein.

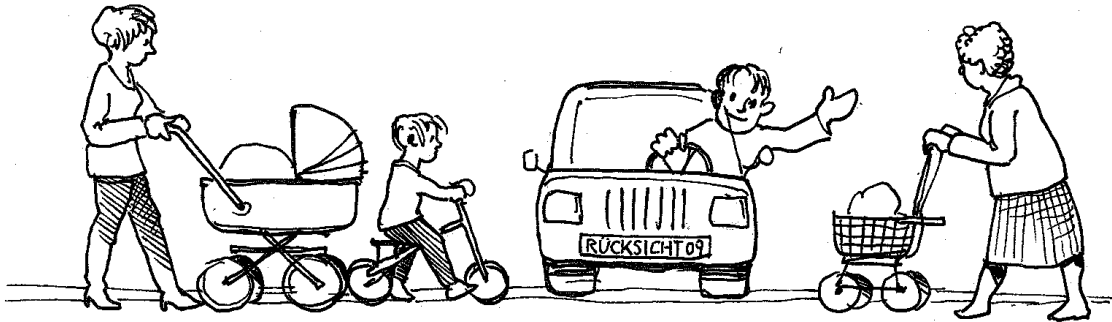
Bei Bamberg entwickelt die Südweststrom gerade wieder ein GuD-Kraftwerk. Mittlerweile ist fraglich, wie die Südweststrom für all diese Projekte Gesellschafter finden möchte. Viele Kommunen werden bei der Thüga zugreifen und sich ihre Stadtwerke zurückkaufen.

Bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen variiert die Südweststrom ihre Annahmen je nach gewünschtem Ergebnis. Beim Kohlekraftwerk war die Versteigerung der CO2 Zertifikate egal und es wurden nur 4150 Betriebsstunden unterstellt. Die Stromproduktion hingegen wurde auf über 7000 Vollaststunden angesetzt. Die geplanten Off-shore-Windparks werden aber die Küsten-Kohlekraftwerke über viele Stunden stilllegen, es sei denn es gibt zu viel Atom- und Kohlestrom am Markt.

Auch wenn dies wieder ein nicht regionales Großprojekt mit vielen Unwägbarkeiten ist, könnte eine Beteiligung doch zumindest diskutiert werden.

Christoph Krüßmann

„Shared Space“ / Begegnungszone



Diese beiden Begriffe geistern seit längerer Zeit in der Fachliteratur herum und es gibt auch schon gebaute Beispiele.

Das „Institut für Mobilität und Verkehr der Technischen Universität Kaiserslautern“ (IMOVE) befasst sich in einem umfangreichen Gutachten mit diesen beiden Konzepten und ihrer möglichen Anwendung auf den Konstanzer Bahnhofsbereich.

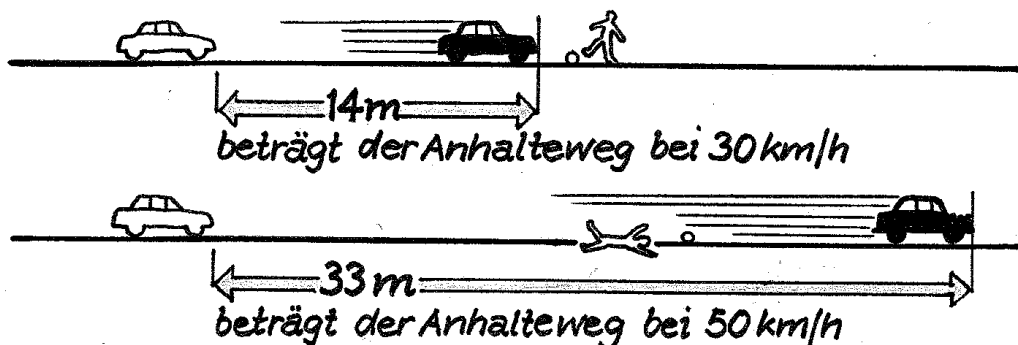
Für „shared space“ gibt es „keine einheitliche Definition“. Das Entwurfskonzept sei vorrangig eine „verkehrsplanerische Philosophie“, deren Schwerpunkt in einer intensiven Bürger- und Betroffenenbeteiligung besteht mit dem Ziel eines sozialen Verkehrsverhaltens. Die Vorstellungen kommen aus den Niederlanden und werden dort praktiziert.

Der Begriff „Begegnungszone“ stammt aus der Schweiz und ist deutlich handfester.

Zitat aus dem Gutachten:

„Beide verfolgen eine Verbesserung der Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität. Sie beabsichtigen insbesondere auch eine Förderung einer gemeinschaftlich genutzten Fläche. Außerdem zielen sie auf eine flüssige Abwicklung aller Verkehrsarten und einen Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer ab. Beiden gemeinsam ist auch eine soziale Selbstkontrolle: „shared space“ adressiert zunächst alle Verkehrsteilnehmer in Bezug auf ein soziales Verhalten, die Begegnungszone führt häufig eine „Hausordnung“ ein, die im Sinne einer sozialen Kontrolle funktioniert.“

In der Praxis allerdings sind die bisher gebauten Beispiele des „shared space“ eher unbefriedigend. Da in der Regel das innerstädtische Tempo von 50 km/h für den MIV (motorisierter Individualverkehr) nicht reduziert wird, ist schon aus Sicherheitsgründen das sog. Trennprinzip die logische Konsequenz (Drachten, Niederlande; Bohmte, Niedersachsen).

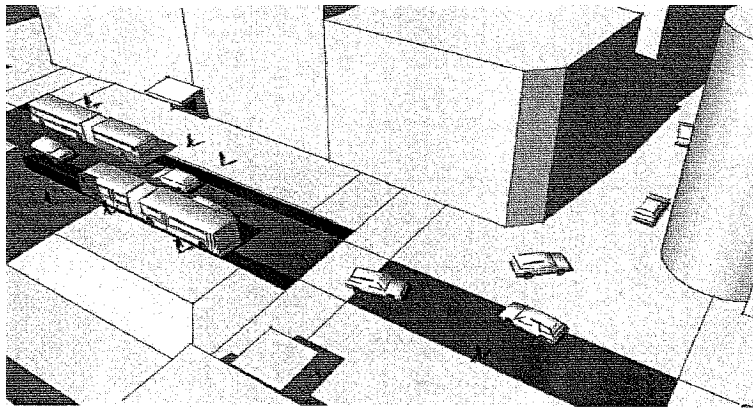


Dort wird versucht, mit Pollern, Gittern, Farbwechseln im Belag und Querungshilfen die Verkehrsarten zu kanalisieren. Die sog. weiche Trennung kann das Tempo nur bedingt reduzieren.

Die Begegnungszonen in der Schweiz sind dagegen offensichtlich erfolgreicher. Dort herrscht das sog. Mischprinzip mit zulässiger Fahrzeuggeschwindigkeit von 20 km/h. Alle Verkehrsteilnehmer benutzen die ungegliederte Fläche gemeinsam, Verkehrsschilder gibt es nur an den Zugangsstellen (z.B. Zentralplatz in Biel, Altstadt Bern, St.Gallen). Am konsequentesten ist der Bahnhofsplatz in Schaffhausen. Dort ist nur Bus- und Lieferverkehr zugelassen. Das entspricht ungefähr dem von der FGL vorgeschlagenen C-Konzept für Konstanz.

Alle bisher verwirklichten Beispiele sind auf Konstanz nur bedingt anwendbar. Ziel ist, den MIV von derzeit 12.000 KFZ/24 h auf ca. 7.500 zu vermindern. Da auf dem Straßenabschnitt vom Fischmarkt bis zur Bodanstraße trotz Fußgängerfurten Fußgänger und Radfahrer überall queren, schlägt IMOVE folgende Maßnahmen vor:

- Deutlich reduziertes zulässiges Tempo (z.B. 20-30 km/h)
- Gesamtfläche ohne Niveauunterschiede
- Fahrbahn von 6,5 m Breite nur farblich abgesetzt
- Im Bereich der Busbuchten Gesamtbreite auf 9,75 m erweitert
- Anrampungen an den Bushaltestellen (ca. 25 cm)
- „potentielle Querungsmöglichkeiten“ optisch hervorgehoben für Geh- und Sehbehinderte (für Blindenleitsysteme BLS werden diverse Vorschläge gemacht)
- außer Lieferverkehr soll kein „ruhender Verkehr“ stattfinden



Funktionsskizze Busplattformen und Linksabbieger Dammgasse im Mischverkehr
(aus Gutachten des Instituts für Mobilität und Verkehr der TU Kaiserslautern)

Diese Vorschläge kollidieren allerdings mit der deutschen Straßenverkehrsordnung (STVO). Diese sieht Regelungsmöglichkeiten für ein Mischprinzip nicht vor, es sei denn, es handelt sich um einen sog. Verkehrsberuhigten Bereich (Zeichen 325/326). Dort gilt Schrittgeschwindigkeit von höchstens 7 km/h (z.B. Platz „am Stern“ in Brühl). Die RSt 06 (Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen) empfehlen jedoch Mischverkehrsflächen nur bis zu einer Belastung von 400 KFZ/h oder 4.400 KFZ/24 h. Zudem gibt es die Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO), wonach die Gewährleistung von „Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs“ (sprich MIV) nicht durch bauliche Anlagen gefährdet werden darf. Darauf berufen sich in der Regel die Juristen unserer immer noch MIV-fixierten Verkehrsbehörden.

IMOVE empfiehlt nun eine Kombination von Zeichen 325/326 (verkehrsberuhigter Bereich) und Tempo 20 (=Begegnungszone).

Zitat: Für Konstanz ergeben sich hieraus die folgenden Aspekte:

1. Ein Umbau des Bahnhofplatzes nach Gesichtspunkten der Begegnungszonen ist in jedem Fall möglich.
2. Ein Sondergenehmigungsverfahren zur Einführung eines neuen Verkehrszeichens „Begegnungszone“ sollte angestrebt und als Modellprojekt umgesetzt werden.
3. Sofern dem gesamten Planungsprozess ein integrierter Beteiligungsansatz zu Grunde liegt, kann das Projekt auch als „shared space“ gelten.

Da darf man gespannt sein, wie flexibel unsere Verkehrsbehörden sein werden!

Manfred Heier

Warum muss das Theater immer am Limit operieren?

Neulich hatten wir Besuch in der Fraktion von Herrn Nix. Für ihn hatten sich in letzter Zeit ein paar Ärgernisse gehäuft, die er im Sinne des Theaters so nicht länger akzeptieren wollte.

- In allererster Linie hapert es im Moment an einer Bühnentechnikerstelle, da der derzeitige Bühnentechniker chronisch krank ist. Zwar behilft sich das Theater immer wieder selbst, und beim Kulissenschieben kommen quasi alle mal dran, aber auf Dauer ist das kein Zustand. Das Theater braucht also ganz dringend einen einsatzfähigen Bühnentechniker.
- Zum zweiten äußerte Herr Nix Kritik am negativen Bescheid für eine mögliche Restauration in der Spiegelhalle. Aufgepasst: hier geht es nicht um die hie und da stattfindenden Diskos, sondern um ein kleines Theatercafé als arrondierendes Angebot unten an der Hafestraße. Auch hier ginge es nicht vorwärts: ihm wurde beschieden, dass eine Art Mini-Theatercafé dort nicht zulässig sei.
- Und das dritte: alle Urlaubsbescheinigungen des Theaters müssen über das Personalamt laufen, was zum Teil verheerende Auswirkungen auf den Spielablauf hat, wenn genau die Leute fehlen, die eigentlich da sein müssten.

Alles Widrigkeiten, die nicht so sein müssten. Ein kleines Theatercafé an dieser Stelle wäre doch klasse und würde außerdem die Hemmschwelle, das Theater zu besuchen, enorm verringern. Und außerdem hätte das Theater ein paar Einnahmen mehr. Was gibt es daran auszusetzen, oder gibt es da andere Interessensträger an der Hafestraße? Auch die anderen zwei Punkte ließen sich beheben, denn warum wird bei Straßen und allem möglichem immer geklotzt, und das Theater arbeitet immer am Limit, und manchmal auch darunter? Warum sorgen wir nicht für eine einigermaßen auskömmliche Ausstattung des Theaters? Es täte in der heutigen Zeit der Hetze und des Konsums so gut!

Anne Mühlhäußer

Merkwürdig,

wie seltsam geheimnisvoll es z.Zt. bei der Projektierung des Konzert- und Kongresshauses zugeht, so dass die Öffentlichkeit auf eher vage Informationen des Südkurier angewiesen ist:

- Eine Beurteilungskommission hat geheim getagt. Die Zusammensetzung dieses Gremiums ist nur bedingt bekannt. Sind überhaupt Architekten dabei?
- Fünf Arbeiten wurden beurteilt, zwei davon sollen in die engere Wahl gezogen worden sein. Ein Vorschlag soll dem Gemeinderat vorgestellt werden. Hat die Öffentlichkeit nicht Anspruch darauf, alle eingereichten Entwürfe kennen zu lernen?
- Aus dem Gemeinderat verlautete einst, dass auf Klein Venedig eine architektonische Perle entstehen müsse. Ist es nicht seltsam, dass die Projektleitung dem Kämmerer übertragen wurde, der verständlicherweise vor allem die Kosten im Auge hat?
- Wird dem Baudezernat und seinem Bürgermeister nicht zugetraut, diese ureigste Aufgabe des Dezernats federführend zu leiten?
- Diese Geheimnistuerei wird damit begründet, dass wegen des „kombinierten Architektur- und Realisierungswettbewerbs“ (Architekten und Baufirmen müssen gemeinsam für ihre Entwürfe gerade stehen) juristisch Vorsicht geboten sei. Ist da, so fragt man sich, das Verfahren überhaupt das richtige?

Manfred Heier



Das erfolgreiche Team der Grünen beim Konstanzter Altstadtlauf:

v.l. Julian Bernauer, Gwen Whittacker, Charlotte Dreßen mit Tochter Anna auf dem Rücken, Daniel Ruiz Perez und Christiane Kreitmeier. Charlotte Biskup und David Norberg mussten krankheitsbedingt zu Hause bleiben.

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier